

ANTRAG

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Flächendeckende Breitbandversorgung mit mindestens 50 Mbit/s im Land sicherstellen - Strategie für den Breitbandausbau erarbeiten

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich zu dem Ziel einer flächendeckenden Breitbandversorgung mit mindestens 50 Mbit/s für das gesamte Land möglichst bis 2018.
2. Der Landtag erkennt die große finanzielle Herausforderung an, die mit dem Ausbau der notwendigen Infrastruktur einhergeht und stellt fest, dass die Finanzierung bisher nicht gesichert ist.
3. Der Landtag spricht sich für eine Zweckbindung der Erlöse aus der Digitalen Dividende II für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur aus.
4. Der Landtag erklärt sich bereit, eine angemessene Landesförderung zur Finanzierung der Breitbandinfrastruktur bereitzustellen. Private Investitionsmittel und Mittel der öffentlichen Hand sind sinnvoll in eine abgestimmte Strategie für den Breitbandausbau einzubinden.
5. Die Landesregierung wird daher in Vorbereitung der Aufstellung des Doppelhaushalts 2016/2017 aufgefordert, eine Strategie für den Breitbandausbau in Mecklenburg-Vorpommern zu erarbeiten und dem Landtag spätestens bis zum 30.06.2015 vorzulegen.

Jürgen Suhr, Johannes Saalfeld und Fraktion

Begründung:

Die Bedeutung des Internets ist in allen Lebensbereichen offensichtlich. Mit den zunehmenden Nutzungsmöglichkeiten steigen auch die Anforderungen an die Breitbandinfrastruktur. Die Erhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse setzt einen gleichwertigen Zugang zum Internet voraus. Insbesondere in den ländlichen Räumen partizipieren derzeit allerdings viele Bewohnerinnen und Bewohner in Mecklenburg-Vorpommern nicht am technologischen Fortschritt. Die digitale Spaltung zwischen Stadt und Land wird sich ohne eine moderne Breitbandausbau-Politik weiter verschärfen. Ein flächendeckender, schneller Internetzugang ist ein wichtiger Standortfaktor und vielfach die Grundvoraussetzung für innovative Lösungsstrategien der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. So können etwa die Chancen der Telemedizin für die Gesundheitsversorgung ohne einen entsprechenden Breitbandausbau ebenso wenig ausgeschöpft werden, wie die Potenziale alternativer Mobilitätsangebote. Zwar hat die Bundesregierung nun das Ziel einer flächendeckenden Versorgung mit 50 Mbit/s bis 2018 ausgegeben, wie dieses allerdings erreicht werden soll, bleibt bisher völlig unklar. Fest steht allerdings schon jetzt, dass die Kosten für den Ausbau der Infrastruktur immens sein werden. Eine Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums schätzt die Kosten für den bundesweiten Ausbau auf mindestens 20 Milliarden Euro. Zur Finanzierung verweist der Bund auf die Erlöse aus der Digitalen Dividende II, ohne diese auch nur näherungsweise benennen zu können.

Auch für das Land ist bisher keine Strategie erkennbar, wie das Ziel der flächendeckenden Breitbandversorgung mit 50 Mbit/s bis 2018 erreicht werden kann. Diese ist aber dringend notwendig, wenn das Land nicht von der digitalen Entwicklung abgehängt werden soll. Die Finanzierung und Umsetzung eines so immensen Infrastrukturausbaus kann nur unter Einbeziehung von Kommunen, Land, Bund, EU und Unternehmen gelingen. Wir brauchen für das Land einen breiten Konsens. Dem Breitbandausbau muss hohe Priorität eingeräumt werden und es müssen die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden.